

## PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 19. Juni 2012



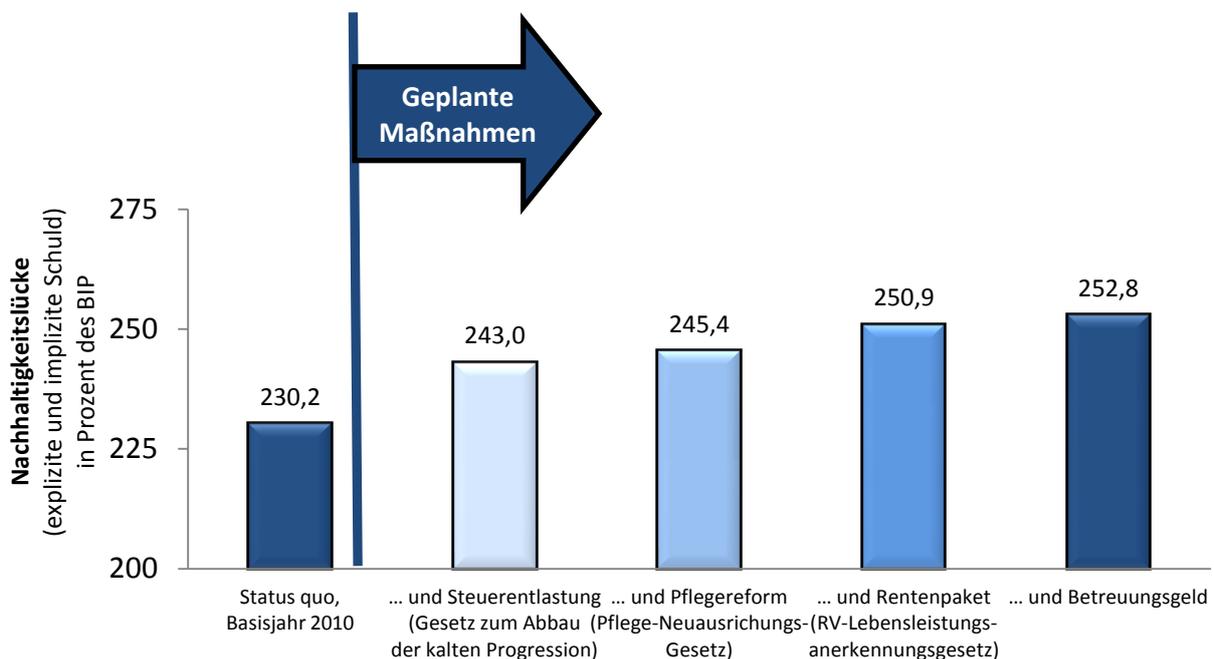
# Generationenbilanz Update 2012

## Vorbild Deutschland? Bundesregierung plant neue Schulden

Die neuesten Ergebnisse der Generationenbilanz weisen – vorwiegend aus konjunkturellen Gründen – einen Rückgang der deutschen Gesamtverschuldung (Nachhaltigkeitslücke) auf. Ursächlich ist eine niedrigere implizite Staatsverschuldung. Anstatt jedoch die derzeit noch erfreuliche Wirtschaftslage in Deutschland für Konsolidierungsmaßnahmen zu nutzen, plant die Bundesregierung eine Vielzahl teurer „Geschenke“ (z.B. Betreuungsgeld, Rentenpaket und Pflegereform), ohne eine ausreichende Gegenfinanzierung vorzusehen. Bei Umsetzung dieser Pläne droht ein erneuter Anstieg der Gesamtverschuldung um 10 %.

Die Nachhaltigkeitslücke aus expliziten und impliziten Staatsschulden für Deutschland beläuft sich aktuell auf 230 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Umgerechnet entspricht dies der Summe von **5,7 Billionen Euro**. Das zeigen die jüngsten Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge. Das Gros entfällt dabei nach wie vor auf die implizite, d.h. heute noch nicht sichtbare Staatsschuld, die 147 % des BIP ausmacht und in der sich alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten staatlichen Leistungsversprechen, insbesondere der Sozialversicherungen, verbergen. Der kleinere Teil entfällt auf die explizite, schon heute sichtbare Staatsverschuldung (83 % des BIP). „Zur Begleichung dieser Gesamtschuldenlast müsste jeder heute lebende Bundesbürger unabhängig von bestehenden Steuern und Sozialabgaben bis zu seinem Lebensende einen **zusätzlichen Betrag von 260 Euro pro Monat an den Staat abführen**“, erläutert Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft.

### Der fiskalische Ausblick 2012 auf die neuen Ausgaben (in % des BIP)



Im Jahresvergleich ist die Nachhaltigkeitslücke um knapp ein halbes BIP auf 230 % des BIP gesunken (Basisjahr 2009: 276 % des BIP). Dieses erfreuliche Ergebnis kann jedoch kaum als politischer Erfolg der Bundesregierung gelten, denn fiskalpolitisch herrschte in 2011 Stillstand. Vielmehr ist der Nachhaltigkeitsgewinn am aktuellen Rand vor allem den konjunkturellen Steuererhöhungen geschuldet.

Der von der Bundesregierung 2012 eingeschlagene Kurs ist unter Nachhaltigkeitsaspekten äußerst fragwürdig: Steuerentlastung, Pflegereform, Rentenpaket und Betreuungsgeld führen bei Umsetzung in der Bilanz des ehrbaren Staates zu einer **Zunahme der Nachhaltigkeitslücke auf 252,8 % des BIP** (vgl. Abbildung).

Aus den Berechnungen zieht die Stiftung Marktwirtschaft die folgenden Schlüsse:

- Nach dem fiskalpolitischen Stillstand des Jahres 2011 hat die Politik zuletzt wieder vom Konsolidierungskurs in den „Geschenkemodus“ umgeschaltet. Die vergleichsweise erfreuliche Wirtschaftslage wird als Rechtfertigung für neue Leistungsversprechen genutzt. **Ökonomisch geboten ist hingegen ein stärkerer Konsolidierungskurs.**
- Die Nachhaltigkeit der Sozialversicherungen hat sich negativ entwickelt. Lediglich in der Krankenversicherung wirkt die Gesundheitsreform noch nach. Die Beitragssatzsenkung in der Rentenversicherung belastet hingegen zukünftige Beitragszahler.
- In der Pflegeversicherung besteht weiterhin ein großer Handlungsbedarf: Anstatt ein Konzept für eine nachhaltige Finanzierung vorzulegen, folgt die aktuelle Pflegepolitik den Rezepten vergangener Legislaturperioden: Leistungsverbesserung und -ausweitung sowie Beitragssatzerhöhung, die allerdings langfristig nicht einmal zur Deckung der zusätzlichen Finanzierungslücken reichen.

Bis 2030 ist im schlimmsten Fall mit einem demografisch bedingten Verlust von 6 Mio. Erwerbspersonen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu rechnen, was mit einem **beträchtlichen Fachkräftemangel** einherginge. Das ist ein Ergebnis des diesjährigen **Themenschwerpunkts Demografie und Arbeitsmarkt**. Immerhin können die bereits heute spürbaren Veränderungen im Erwerbsverhalten der Frauen und der Älteren zusammen mit der Rente mit 67 das Erwerbspersonenpotential bis 2020 stabilisieren und bis 2030 die Erwerbspersonenlücke halbieren. Bei Ausschöpfung der bei Älteren und Frauen noch darüber hinaus bestehenden, zusätzlichen Erwerbspotentiale könnte die Erwerbspersonenlücke bis 2030 sogar bis zu drei Vierteln geschlossen werden. Dies erfordert jedoch **politische Strategien zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der Beschäftigungssicherung Älterer.**

Neben dem positiven Effekt auf das Arbeitsangebot entlastet eine höhere Erwerbsbeteiligung auch die öffentlichen Haushalte. Bereits unter Berücksichtigung vergangener Trends und der Rente mit 67 ergibt sich im Vergleich zum Status quo des Basisjahres 2010 eine Verringerung der Nachhaltigkeitslücke auf 199 Prozent des BIP. Bei Ausschöpfung der darüber hinausgehenden Erwerbspersonenpotentiale von Frauen und Älteren kann die Nachhaltigkeitslücke sogar auf 174 Prozent des BIP gesenkt werden.

**Angesichts dieser Erkenntnisse gibt die Stiftung Marktwirtschaft folgende Handlungsempfehlung:**

Finanzierungsspielräume sollten dem Schuldenabbau vorbehalten bleiben.  
Keine neuen Leistungsversprechen ohne nachhaltige (Gegen-)Finanzierung.

**Ansprechpartnerin**

Dr. Susanna Hübner  
huebner@stiftung-marktwirtschaft.de  
Telefon 030 – 20 60 57 33  
Fax 030 – 20 60 57 57